

ARMUT IN DEUTSCHLAND AUF NEUEM REKORDHOCH VON 15,5 PROZENT: PARITÄTISCHER FORDERT MASTERPLAN ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG

24. November 2014

(Berlin) Als in jeder

Hinsicht alarmierend bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband den sprunghaften Anstieg der Armut in Deutschland auf ein neues Rekordhoch von 15,5 Prozent in 2013. Gerade in den ohnehin von Armut besonders betroffenen Bundesländern seien erneut starke Anstiege der Armut zu verzeichnen. Auch die Altersarmut sei in Ost und West überproportional angestiegen. Der Paritätische fordert von der Bundesregierung einen Masterplan zur Armutsbekämpfung.

Angesichts

der heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten aktuellen Armutsquoten fordert der Paritätische Gesamtverband die Bundesregierung auf, sich endlich dem Problem wachsender Armut in Deutschland zu stellen. Nach Berechnungen des Paritätischen ist die bundesweite Armutsquote im Jahr 2013 auf ein neues Rekordhoch von 15,5 Prozent gestiegen. Damit setze sich der gefährliche Trend steigender Armut fort. „Wer diesen Trend stoppen will, braucht mehr als Mindestlöhne.

Die Bundesregierung darf dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, sondern muss einen echten Masterplan zur Armutsbekämpfung auf den Weg bringen“, fordert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Ein solcher Masterplan müsse unter anderem eine Reform des Familienlastenausgleichs, Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sowie eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung umfassen.

Der

Paritätische macht darauf aufmerksam, dass insbesondere bei den Älteren die Armut sowohl in Ost als auch in West überproportional angestiegen ist. Dies sei darauf zurückzuführen, dass immer mehr Menschen mit sehr gebrochenen Erwerbsbiografien in den Rentenbezug kommen. „Die aktuellen Zahlen sind nur der Vorbote einer Lawine der Altersarmut, die in 10 Jahren auf uns zukommen wird, wenn nicht endlich politisch gegen gesteuert wird“, so Schneider. Der Verband spricht von „politisch fahrlässig in Kauf genommener Altersarmut“ und kritisiert die bisherige Rentenpolitik der Großen Koalition. Notwendig seien eine rigorose Reform der Altersgrundsicherung sowie die Anhebung des Rentenniveaus auf 50 Prozent.

Alarmierend

sei insbesondere die wachsende regionale Zerrissenheit in Deutschland, warnt der Verband. Die Armutsbetroffenheit in Bremen sei mit 24,6 Prozent mittlerweile mehr als doppelt so hoch wie in Bayern (11,3 Prozent). Von einheitlichen Lebensverhältnissen könne keine Rede sein. Der Paritätische appelliert daher an Bund und Länder, auch bei den laufenden Verhandlungen zur Reform des Länderfinanzausgleichs das Ziel der Armutsbekämpfung im Auge zu

behalten. „Der Länderfinanzausgleich muss sich an den tatsächlichen Armutsregionen orientieren und nicht an Himmelsrichtungen oder an abstrakten Kennzahlen, die nichts mit der Lebenswirklichkeit vor Ort zu tun haben“, so Schneider.

Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Tel.: 030 - 24636 305

E-Mail: pr@paritaet.org

Web: www.paritaet.org

Facebook: www.facebook.de/paritaet